

## OTTO LAZIS

# Die KPRF – die Partei der Antiwahl Rußlands

Was tut man nicht alles, um sein Image vor den Wahlen zu verbessern! Aber es war nicht zu hören, daß die KPRF ihre Programmaussage, Privateigentum nur für eine »Übergangsperiode« zuzulassen, zurückgenommen hatte. Was Tschetschenien betrifft, so schlug Sjuganow in seiner Rede vor der Duma am 7. Februar 1996 lediglich vor, eine »mit Autorität ausgestattete Kommission« zu bilden sowie den Posten des Vizepremiers einzuführen. Das Wichtigste aber ist, daß das Bild von Sjuganow als einem Pluralisten im Grunde seinen eigenen, nicht so weit zurückliegenden Reden widerspricht.

### *Hofft Sjuganow nicht auf einen Wahlsieg?*

Viele Kommentatoren haben das Referat Sjuganows auf dem V. Plenum des ZK der KPRF<sup>1</sup> zu Unrecht unbeachtet gelassen.

Mit großer Genugtuung spricht der Führer der Kommunisten davon, daß seine Partei in der Duma 35 Prozent der Mandate erhalten hat. Das ist sowohl ein Erfolg der Partei als auch ein Beweis für die Existenz eines undemokratischen Wahlgesetzes. Denn der Anteil der Sitze, die Sjuganows Anhänger in der Duma besetzen, übersteigt um das Anderthalbfache den Anteil der Stimmen, die ihnen die Wähler gaben. Und der Führer der KPRF gab selber zu, daß für seine Partei 15,5 Millionen und für alle Kommunistischen Parteien zusammengenommen knapp 20 Millionen Menschen gestimmt haben. Wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Zahl der Wahlberechtigten 107 Millionen beträgt, wird deutlich, daß der erste Platz bei den Parlamentswahlen den Kommunisten nicht den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen garantiert.

Der Führer der KPRF fordert auf, zu erkennen, daß die Partei ihre gegenwärtigen Möglichkeiten fast ausgeschöpft hat und es erforderlich ist, nach neuen zu suchen. Um welche handelt es sich? Sjuganow ruft zur ernsthaften Erneuerung des gesamten strategischen, taktischen und ideologischen Arsenal auf.

Worin soll die Revision der Ideologie bestehen?

Dem Wesen nach ist es der Vorschlag, sowohl die in die »Sackgasse führende« moderne westliche Zivilisation abzulehnen und den »Durchbruch zu einer neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Produktionsform, gestützt auf das bedeutende russische kulturell-historische Erbe« zu vollenden. Dieser Abschnitt der Rede ist mit »Nicht hinterher laufen, sondern überholen« überschrieben. Hier handelt es sich nicht um eine neue, sondern um eine alte Idee.

Otto Rudolfowitsch Lazis –  
Jg 1934, Dr. phil.,  
Stellvertretender Chef-  
redakteur der »Iswestija«.

1 Das Plenum des ZK der KPRF fand am 12. Januar 1996 in Moskau statt. Ein Bericht über das Plenum und der Wortlaut der Rede von Genadi Sjuganow: »Man wird mehr tun müssen, als bisher getan ist«, ist veröffentlicht in: Prawda Rossii, 18. Januar 1996, S. 2-3.

Sjuganows Referat weist folgende Gliederung auf:

- (1) Der Antikommunismus ist nicht vorbei;
- (2) Ein Erfolg, aber noch kein Umbruch;
- (3) Das ideologische Arsenal erneuern;
- (4) Nicht hinterher laufen, sondern überholen;
- (5) Wir sind in die Macht eingebaut;
- (6) Den Genozid stoppen;
- (7) Die Kommunisten in der Staatsduma.

»Der liebe Gott ist in Rußland derzeit ein stark beschäftigter Mann, ein Wahlkampfschlager. Alle, die sich am kommenden Sonntag um die Präsidentschaft, um das wichtigste Amt im Riesenreich, bewerben, haben sich ihn als Beistand erbeten. Dabei kommt es zu seltsamen Allianzen... Dann ist da Genndaj Sjuganow, KP-Chef und als solcher dem Atheismus verpflichtet – und doch setzt auch er auf die Hilfe himmlischer Heerscharen. Er zeigt sich, jetzt in der Endphase des Wahlkampfes, gern mit patriotischen Popen an seiner Seite und besucht heilige Messen.«  
 DER SPIEGEL, Nr. 24/1996, S. 132.

Es ist die Idee Lenins, was an sich nicht unbedingt schlecht ist: Lenin hatte viele gute Ideen. Aber die Idee des Überholens, des Sprunges (in der modernen Terminologie - »des Durchbruchs«), lag zum Scheitern verurteilt und in der Stalinschen Ausführung schrecklichen Aktivitäten zugrunde.

Die Überanspannung der Kräfte des Landes im Namen des Sprungs rief jene soziale Dystrophie hervor, von der sich Rußland auch nach Jahrzehnten noch nicht erholt hat. Was haben sich Sjuganows Anhänger da ausgedacht, daß das nie und niemandem Gelingene plötzlich gelingen möge? Bis jetzt wird nur eines deutlich: Der Durchbruch soll nicht gestützt auf Marx Theorie erfolgen, sondern auf der Grundlage russischer Traditionen. Das ist sehr zweifelhaft. Jene russischen Zaren, die sich von der westlichen Erfahrung abgrenzten, verzichteten auch auf »Durchbrüche«. Alles in allem wird nichts, was über das Bekannte hinausgeht, ausgedacht: den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung wird Gewalt angetan, was immer zur Gewaltherrschaft über das Volk geführt hat.

Übrigens sind Überlegungen über konkrete Wege der ideologischen Umorientierung schon deshalb nicht aktuell, weil eine derartige grandiose Umorientierung der Wählerschaft eine strategische Aufgabe ist, in fünf Monaten kann man hier nichts verändern. Wenn aber nichts anderes vorgeschlagen wird, um den Sieg herbeizuführen, dann rechnet Sjuganow vielleicht gar nicht mit dem Sieg?

Ein zusätzliches Eingeständnis dessen enthält der Abschnitt der Rede, der ausgesprochen aufrichtig mit »Wir sind in die Macht eingebaut« überschrieben ist. Der Kernsatz lautet: »Man muß nicht den Bemitleidenswerten herauskehren und an jeder Ecke erzählen, ›wir seien nicht in die Macht eingebaut‹«. Nein, denn wir sind schon in die Macht eingebaut, und die Aufgabe besteht jetzt darin, daß unsere Opposition zur Politik des Regimes sich in einen Gegensatz zwischen ihren Exekutiv- und Legislativstrukturen verwandelt.

Nichts dagegen zu sagen, eine schöne »Festigung des Staates« und »Durchsetzung von Ordnung« verspricht uns die KPRF! Wobei der Referent sich beeilte, zu versichern, daß er gewillt ist, den Gegensatz auf friedlichem Wege, durch eine Verfassungsänderung, zu lösen. Doch der gesetzliche Weg solcher Veränderungen ist ausgesprochen kompliziert, und selbst wenn Sjuganows Anhänger über genug Stimmen dafür verfügen, dann reicht die Zeit bis zu den Wahlen dafür nicht aus. Es ist schwer vorstellbar, daß sie auf den Kampf um die Macht verzichtet haben. Man kann etwas anderes annehmen: sie wollen auf irgendeine andere Weise, den Kampf um die Macht gewinnen, nur nicht auf dem Wege des Sieges in den Präsidentschaftswahlen.

Trotzdem können sie auch als Sieger aus den Wahlen hervorgehen, wenn ihre Konkurrenten so erfolglos agieren, wie es bisher der Fall war. Da dies nicht auszuschließen ist, muß man sich genau vorstellen, was uns im Falle eines Sieges der KPRF erwartet.

### *Kann man ohne Wahlen auskommen?*

Ein Teil der Wähler, die die KPRF unterstützen, haben auf ihre Weise recht: In jener Gesellschaft, in der es der Mehrheit schlecht ging, ging es ihnen, der Minderheit, gut. Denn nicht alle standen Schlange nach dem »Defizit«, einige erhielten diese »Mangelware« für einen Spottpreis und ohne anzustehen, andere zogen sogar einen Gewinn aus dem Handel mit defizitären Waren. Viele, die auch damals nicht sehr gut lebten, erinnern sich heute nur an das Beste aus jenen Zeiten, eine natürliche Eigenschaft des menschlichen Gedächtnisses. Bewußt oder unbewußt hoffen sie, daß man die alten Mechanismen der sozialen Garantien zurückholen kann, ohne das zu verlieren, was im neuen Leben bereits zur Gewohnheit geworden ist: eine zuverlässige Versorgung mit Waren und die Freiheit der Wahl, nicht nur was den Konsum und die Politik, sondern auch was die Gestaltung des Lebens überhaupt betrifft.

Das ist sehr bequem: das Recht der Wahl zu haben, aber die Verantwortung für die Wahl nicht tragen zu wollen. Nicht die Verantwortung dafür zu tragen, was Hajek und andere etwas vereinfacht als Wahl zwischen Freiheit und Gleichheit bezeichnen. Sjuganows Anhänger nehmen uns diese Bürde ab, sie behaupten, daß die Wahl nicht zwangsläufig ist. Man muß sie nur wählen, und es wird Gleichheit sein und Milch und Honig fließen.

Schon im Hinblick auf den Haushalt für 1996 müßte man nach den von Sjuganow vorgenommenen Korrekturen folgendes tun: die Schulden des Staates gegenüber den Unternehmen und der Bevölkerung begleichen, die »realen Bedürfnisse« der Wissenschaft, Kultur, Bildung, des Gesundheitswesens und der Verteidigung finanzieren, die Renten, Stipendien und Gehälter unter Berücksichtigung des Existenzminimums erhöhen, dem militärisch-industriellen Komplex und den Betrieben, die Massenbedarfsgüter produzieren, umfangreiche staatliche Aufträge erteilen und die Steuern senken. Außerdem wurden Festpreise für Brot und das Einfrieren der Mieten versprochen. Kann man alles das – und noch dazu in einem Jahr – bewältigen? Man kann es. Aber nur unter der Bedingung, die Sjuganow verschweigt: unter der Bedingung, daß wertloses Geld gedruckt wird und die jetzt zum Stillstand kommende Inflation wieder angekurbelt wird. Es ist auch möglich, es so wie es jahrzehntelang zuvor üblich war, zu tun, indem man die offene Inflation zu einer verdeckten macht. Das heißt, man muß von der Festlegung der Preise über den Markt zur Festlegung der Preise durch die Beamten übergehen. Aber dies werden nur für die Beamten reale Preise sein, für die Beamten, die sich mit Waren eingedeckt haben und auf diese Weise in einem geschlossenen Verteiler befinden. Für die übrigen bleiben die Karten, Schlangen und die von der Leitung für sie ausgewählten Waren.

Vielleicht glauben die Führer der KPRF in ihrer Einfalt, daß überhaupt nichts passiert, wenn man von der Marktwirtschaft nur eine Schraube löst. Ließ doch der neue Sprecher der Duma, Gennadi Selesnew von der KPRF, in einem Interview für die Zeitung »Segodnja« die Bemerkung fallen, daß die Regierung auf die Milliarden von Dollar aus der Valutareserve der Zentralbank zurückgreifen kann, um die Löhne und Gehälter zu bezahlen. Er ist

»Tumanow: In den Reden der Anhänger Sjuganows kommt immer wieder der Gedanke vor, wir brauchen eine andere Verfassungsordnung. Als Vorsitzender des Verfassungsgerichts bin ich allein schon mit dieser Fragestellung nicht einverstanden. Ich will nicht darüber streiten, ob unsere Verfassung gut oder schlecht ist.

SPIEGEL: Ist sie gut?

Tumanow: Meiner Meinung nach ist sie ganz anständig, aber darum geht es nicht. Ich frage mich: Wie kann ein Land überleben, wo jeder Machtwechsel eine neue Verfassung zur Folge hat? Da zeigt sich doch der alte Rechtsnihilismus, der sich durch die ganze Geschichte des russischen Volkes zieht, eine erdrückende Bürde.«  
Ebenda, S. 135.

»Tumanow: Unsere KP hat sich schon vor sieben Jahren, noch unter Gorbatschow, in einen sozialdemokratischen und einen rechtskonservativen Flügel gespalten. Bei diesem rechten, heute von Sjuganow geführten Flügel werden Sie keine sozialdemokratischen Tendenzen finden. Ehemalige Kommunisten, die sich zu Sozialdemokraten gewandelt haben, sind heute in ganz anderen Parteien – oder parteilos.«  
Ebenda.

wirklich der Meinung, daß die Regierung dieses Geld in der Tasche hat und es nur aus bösem Willen nicht für die gute Sache verwendet. Er kann sich nicht vorstellen, daß es unmöglich ist, die Dollar, die die Banken bei der russischen Bevölkerung für Rubel gekauft haben, »einfach« in Umlauf zu bringen, ebenso, wie es nicht möglich ist, einfach mehr Rubel zu drucken und zu verteilen. Er ahnt nicht, daß die Unabhängigkeit der Zentralbank und das Verbot, den Staatshaushalt auf Kosten von Krediten der Zentralbank zu finanzieren, keine reine Formalität ist, sondern ein notwendiges Mittel, die Bevölkerung gegen inflationäre Ausbeutung zu schützen. Und Menschen mit derart hinterwäldlerischen Vorstellungen von Ökonomie wollen das Land regieren!

Das beständige hartnäckige Versprechen von Wundern hat Sjuganow derart gefesselt, daß er selbst, wie es scheint, die reale Orientierung, wo das Wunder aufhört und die Wirklichkeit beginnt, verliert. Davon kündeten auch seine sich in der letzten Zeit häufenden Äußerungen über den sogenannten Genozid in Rußland. Unter Genozid versteht man die totale physische Ausrottung der Bevölkerung nach nationalen Merkmalen. Die unversöhnliche russische Opposition bezeichnet mit Genozid das Sinken der Bevölkerungszahl im Ergebnis der Veränderungen der Wachstumstendenzen, also einer Erscheinung völlig anderer Ordnung.

Das ist nicht immer ein Beweis für ein niedriges Niveau der materiellen Konsumtion, im Gegenteil: in armen Ländern nimmt die Bevölkerung zu, während Perioden des Rückgangs oft in Industrieländern mit einem hohen materiellen und kulturellen Lebensstandard zu beobachten sind. Natürlich ist ein Rückgang der Bevölkerung für Rußland heute nicht wünschenswert, aber es geht auch nicht an, ein Jahrhundertproblem den Reformkräften anzulasten.

Sjuganow rät der Regierung »ihr konkretes programmatisches Ziel in einem einzigen Punkt genau zu formulieren: dann und dann wird der Rückgang der Bevölkerung aufhören, und die mittlere Lebenserwartung steigen« – und basta. Die Vorstellung, daß es möglich ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt die Geburtenrate und die Sterblichkeit zu planen, ist mehr, als nur extremer Bürokratismus, das ist der Denkstil von Schtschedrins Stadthauptleuten.

Der Führer der KPRF handelte vorschnell, als er voller Leidenschaft die Regierung entlarvte. Die mittlere Lebenserwartung ist schon im Steigen begriffen. In einem Jahr hat sie, verglichen mit 1995 um ein Jahr zugenommen. Der Geburtenrückgang wurde nach 1988 im Jahre 1994 erstmals gestoppt. 1995 sank die Geburtenrate etwas, aber die Sterblichkeit ging weit mehr zurück, was dazu führte, daß die Bevölkerungszahl langsamer sank. Anders gesagt, die allgemeinen Kennziffern über die Lebenserwartung und den Bevölkerungszuwachs sind heute bei weitem nicht zufriedenstellend, aber sie verschlechtern sich nicht mehr, sondern werden besser. Würden diese Kennziffern wirklich dem Willen der Regierung unterliegen, könnte W. Tschernomyrdin Sjuganows Kritik leicht widerlegen.

Außerdem ist 1994 erstmalig in der Nachkriegsgeschichte ein positives Saldo der Migration zwischen Rußland und allen ehema-

ligen Republiken der UdSSR zu verzeichnen. Dies ist ein anschaulicher Ausdruck dessen, wie die Menschen das Lebensniveau im Rußland der Reformen und in den anderen Republiken einschätzten. 1995 hielt diese positive Entwicklung an, die Zahl der Migranten in das nahe Ausland nahm nicht mehr zu.

Sjuganow irrt noch in einem anderen Punkt. Die Statistik des natürlichen Bevölkerungswachstums in Rußland in den letzten fünfundsiebzig Jahren weist folgende Angaben aus:

1960 um 15,8 Promille, 1965 – 8,1; 1970 – 5,9; 1975 – 5,9; 1980 – 4,9; 1985 – 5,3; 1990 – 2,2; 1991 – 0,7. Das ist die Situation vor den radikalen Reformen und man muß kein Prophet sein, um zu erraten, wann die abnehmende, aber sich noch im positiven Bereich bewegend Tendenz den negativen Bereich erreichte. 1992 – Minus 1,5; 1993 – Minus 5,1; 1994 – Minus 6,2; 1995 – Minus 5,3.

Das Diagramm des natürlichen Wachstums ähnelt einem Sägeblatt. Die demographischen Wellen mit ihrem Auf und Ab weisen die Spuren aller Kriege des 20. Jahrhunderts und anderer demographischer Katastrophen, z.B. des Hungers 1933 auf. Die Reformen sind nicht die Primärursache für die negative Entwicklung. Die Geburtenrate ist – ungeachtet aller Schwankungen – schon seit hundert Jahren rückläufig, was u.a. auf die Urbanisierung zurückzuführen ist, die Zunahme der Sterblichkeit hat im wesentlichen ökologische Ursachen. Das sind alles sehr langfristige Erscheinungen. Wenn man die Machthaber für die demographischen Prozesse direkt verantwortlich macht, darf man nicht die Augen davor verschließen, daß die gravierendste Verschlechterung in den sechziger Jahren, also zum Zeitpunkt der Alleinherrschaft und Allmacht der KPdSU zu verzeichnen war.

### *Ohne Reue*

In der Bundesrepublik gibt es ein Gesetz, daß die öffentliche Leugnung der geschichtlichen Wahrheit über die Verbrechen Hitlers unter Strafe stellt. Dieser weisen Entscheidung liegt die Überzeugung zugrunde, daß der wichtigste Garant gegen die Wiederholung vergleichbarer Verbrechen nur das Gedächtnis des Volkes sein kann. Daher kann auch der Versuch, dieses Gedächtnis zu töten, als Vorbereitung neuen Mordens angesehen werden.

Gäbe es bei uns ein vergleichbares Gesetz im Hinblick auf die Verbrechen des sowjetischen Totalitarismus, könnte man ein Verfahren gegen Gennadi Sjuganow anstrengen. Im Januar veröffentlichte »DER SPIEGEL« ein Interview mit Sjuganow, das die Zeitung »Sowetskaja Rossija« unvorsichtigerweise nachdruckte, obwohl es nicht für den Leser in Rußland gedacht war. Hier ein wörtliches Zitat aus dem Interview:

»Sjuganow: In der Breschnew-Zeit existierte bereits ein liberaler Staat ohne Repressalien. Es wurden ein paar Dissidenten ausgebürgert – das war es auch schon. Sie müssen sich die Listen der Inhaftierten genau ansehen: Heute sitzen mehr Opfer von Repressalien in den Lagern als unter Stalin.

SPIEGEL: Wie bitte?

Sjuganow: In meinem Heimatdorf wurden damals lediglich zwei

»Und alle sprechen von Ordnung: Schutz vor Verbrechen und Bürokratenwillkür, Garantie des Arbeitsplatzes, Sicherheit für die Kinder und ihre Ausbildung, die Gesundheit und ihre Fürsorge, funktionierende Gesetze, eine unbestechliche Justiz. Rechtssicherheit steht nach Erhebungen russischer Soziologen im Katalog neurrussischer Werte ganz oben. Erst weit dahinter folgen Arbeit, Wohlergehen, Autorität, Freiheit, wengleich die letztere mit steigender Tendenz ...

Es ist der Traum, den alle Russen träumen und an dessen Erfüllung niemand glaubt. Das ist wenig verwunderlich angesichts der konkreten Wahlmöglichkeiten: Auf der einen Seite ein Präsident, der einige der übelsten Auftragsmorde in Moskau, etwa an dem Fernsehchefredakteur Wladislaw Listjew, zur Chefsache erklärte, sein Prestige mit ihrer Aufklärung verband – und seither darüber schweigt.

Andererseits sein Herausforderer Sjuganow, für dessen Kommunistische Partei Rechtssicherheit noch immer dasselbe bedeutet wie für ihre ideologischen Ahnherren Lenin und Stalin: Klassenkampf von oben. Der Gulag wird mit Mafia-Morden aufgerechnet.«

Ebenda, S. 133.



2 »Mehr Opfer als unter Stalin«. Interview mit KP-Chef Sjuganow über seinen Wahlsieg, in: DER SPIEGEL, Nr. 2/1996, S. 121.

Leute verhaftet, und beide waren kriminell. Man muß sehr genau untersuchen, wer in den Gulag kam und weshalb.«<sup>2</sup>

Versuchen wir, dem Führer der KPRF die Aufgabe der Untersuchung dessen zu erleichtern, wovon er offensichtlich keine Ahnung hat. Lassen wir die Millionen der unter Stalin unschuldig und ohne Gerichtsverfahren Verurteilten außer acht. Sie sind heute rehabilitiert, folglich sind ihre Fälle von der Staatsanwaltschaft gewissenhaft untersucht worden und für den Staat gibt es hier kein Problem. Aber für Sjuganow gibt es hier offensichtlich ein Problem, er hat vor, »genau zu untersuchen«. Wenn er an die Macht kommt, wird er sicherlich »Wissenschaftler« finden, die die Geschichte so »untersuchen« werden, wie er es haben will. Lassen wir das beiseite, wenden wir uns nur jenen Fällen zu, die man durch keinerlei »Untersuchungen« umodeln kann.

Nehmen wir einen Sjuganow persönlich bekannten Menschen, den Abgeordneten Nikolai Engwer. Er kam im Mutterleib ins Lager. Seine schwangere Mutter wurde verhaftet, weil sie die »Familienangehörige eines Volksverrätters« war. Tausende unschuldige Mütter und Kinder, die dieses Kainsmal trugen, kamen in die Lager. Möge der Führer der KPRF doch analysieren und erzählen, welche Schuld Engwer auf sich geladen hatte, der vom Tage seiner Geburt an im Lager aufwuchs und dafür auch noch lebenslänglich mit Krücken belohnt wurde. Ich möchte Sjuganow bei der Rechtfertigung behilflich sein. Die Administration war human, die Mutter nähte Uniformen für die Front, für ihre gute Arbeit wurde sie mit sonntäglichen Besuchen beim Kind belohnt. Die Kinder durften nicht zusammen mit ihren Müttern im Lager leben, denn sie sollten ohne eine Erinnerung an ihre Angehörigen, die ja Volksfeinde waren, aufwachsen. Sogar Hitler ist mit den Angehörigen der deutschen Kommunisten nicht so umgegangen, wie Stalin mit den Frauen und Kindern der sowjetischen Kommunisten und Nichtkommunisten.

Und was den Liberalismus zu Breshnews Zeiten betrifft... Der Schriftsteller Boris Tschernych hat mir von einem Treffen der ehemaligen Häftlinge anlässlich des fünften Jahrestages der Schließung des 36. Politisolators im Permer Gebiet ein Stück Stacheldraht mitgebracht. Boris wurde 1987 entlassen, 1990 rehabilitiert. Fast ein viertel Jahrhundert Verfolgung, 5 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Verbannung. Alles begann damit, daß der Komsomolze Tschernych 1966 so naiv war, einen Brief an den Allunionskongreß des Jugendverbandes zu schreiben und darin Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit des Komsomol verbessert werden könnte. Kurz vor der Schließung des 36. Politisolators saßen dort 100 Gefangene. Heute befindet sich dort ein Museum. Sjuganow kann hinfahren und vor Ort »analysieren«. Allein im Permer Gebiet gab es unter dem »liberalen« Regime Breshnews vier derartiger Einrichtungen, in denen die Häftlinge unter verschärften Haftbedingungen gehalten wurden.

Zusammen mit Tschernych verbüßte der jetzige Kardinal von Litauen Swarinkas seine Haftstrafe. Unter Breshnew saß er 20 Jahre im Gefängnis. Ihre Mithäftlinge waren die Schriftsteller Lew Timofejew und Michail Furasow aus Kiew, der ukrainische

Dichter Mikola Rudenko und der in der Haft verstorbene Dichter Wasil Stus. Anatolij Martschenko verstarb 1987, unmittelbar vor der Amnestie im Lager Tschistopole. Der Schriftsteller Wladimir Maramsin wurde zu fünf Jahren verurteilt. Wenn er innerhalb dieser Frist keinen Ausreisantrag stellte, würde die Haftstrafe jeweils um fünf Jahre verlängert. Maramsin wurde übrigens verurteilt, weil er Gedichte von Josif Brodski sammelte.

Die Führer und Propagandisten der KPRF schwören: Wir sind nicht die, die es unter Stalin gab, wir sind andere, wir werden keine Unschuldigen einsperren. Zu Lenins klugen Aussprüchen gehörte die Feststellung, daß jener, der den Politikern aufs Wort glaubt, ein ausgemachter Dummkopf sein muß. Es bedarf der Beweise, und glaubwürdig kann nur einer sein: Reue, die Verurteilung der Verbrechen, die im Namen der KPdSU begangen wurden. Sjuganow bestreitet nicht zufällig die Verbrechen der Stalinschtschina und Breshnewschtschina, im Programm der KPRF wird man keinen einzigen Hinweis auf die Existenz und Verurteilung dieser Verbrechen finden. Dafür ist die Rechtfertigung des Stalinismus nicht zu übersehen.

Ein ständig wiederkehrendes Thema, das bei den Rednern und Literaten der Partei Sjuganows besondere Wut hervorruft, ist das der »Überläufer«. Wer Mitglied der KPdSU war, heute aber nicht mehr zu ihnen gehört, ist ein Überläufer, er »hat seinen Schwur gebrochen«. Man könnte denken, daß diese Menschen auf einem anderen Stern leben, mit einer nur ihnen verständlichen Geschichte. Es gibt heute nicht mehr jene Partei, der die 11 Millionen russischer Kommunisten angehörten! Die KPRF ist ihrer Ideologie, ihren programmatischen Zielen, ihrer Zusammensetzung nach eine andere Partei. Sie selbst bezeichnet die einstigen Führer der KPdSU, vom letzten Generalsekretär an, als ihre schlimmsten Feinde. Der auf Beschluß des letzten Parteitages der KPdSU erarbeitete Entwurf des Parteiprogramms<sup>3</sup> stößt bei den Anhängern Sjuganows wegen »Sozialdemokratismus« auf Ablehnung. Die Mitgliedschaft der KPRF, selbst wenn man den von der Partei verbreiteten Zahlen Glauben schenkt, übersteigt nicht ein Zwanzigstel der ehemaligen russischen Kommunisten. Mit welcher Begründung verurteilt die verschwindende Minderheit die überwiegende Mehrheit?

Jene, die heute nicht Mitglieder der KPRF sein wollen, werden als Karrieristen bezeichnet, die nach dem August 1991 zur neuen Macht übergelaufen sind. Aber das widerspricht doch offensichtlich den Tatsachen. Die Mehrheit der aus der KPdSU Ausgetretenen verließ die Partei doch im Jahre 1990, also als die Kommunisten an der Macht waren, und zwar aus Protest gegen die Gründung der KP der RSFSR, an deren Spitze Reformgegner (Sjuganow eingeschlossen) standen.<sup>4</sup>

Ich werde die Versammlung der Sekretäre der Grundorganisationen des Moskauer Choroschewsker Rayons nicht vergessen, auf der uns, der Delegation des Rayons zum Gründungsparteitag der KP der RSFSR, der Parteiauftrag der Mitglieder übermittelt wurde. Wir baten die Teilnehmer der Beratung, ihre Meinung zu den möglichen Varianten des Auftretens unserer Delegation mitzuteilen:

3 Der Entwurf des Parteiprogramms der KPdSU wurde am 8. August 1990 in der »Prawda« veröffentlicht. Annotation des Programm-entwurfes in: Disput was und wie (Berlin), 1. Juniheft 1991, S. 41-43.

Über die Diskussion zum Programmwurf siehe: Wladislaw Hedeler, Dieter Segert: Rußland – zerfallende Staatspartei und marginalisierte neue Parteien, in: Dieter Segert, Csilla Machos (Hg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S. 148-202.

4 Die KP der RSFSR wurde im Juni 1990 gegründet. Als Vorsitzender wurde Iwan Kusmitsch Poloskow, geb. 1935, gewählt. Poloskow begann 1957 seine Laufbahn als Komsomolfunktionär. 1986 wurde er in das ZK gewählt.

*Erstens:* zum Parteitag zu gehen und das von Poloskow vorgeschlagene Manifest, das sich gegen die Reformen richtete, zu unterstützen; *Zweitens:* zum Parteitag zu gehen und das von Poloskow vorgeschlagene Manifest nicht zu unterstützen; *Drittens:* das Mandat zurückzugeben und nicht mehr am Parteitag teilnehmen. Ich weiß noch ganz genau, wie das Ergebnis lautete: Keiner der 124 Anwesenden sprach sich für die Unterstützung Poloskows aus, 120 stimmten dafür, das Manifest nicht zu unterstützen, 4 dafür, nicht mehr am Parteitag teilzunehmen. Wir haben am Parteitag teilgenommen und als Moskauer Delegation dem Mandat unserer Wähler Folge geleistet. Aber jene, die im Ergebnis der Intrigen im Apparat die Herrschaft in der Partei an sich rissen, kehrten alles ins Gegenteil. Die Mehrheit bezeichneten sie als Minderheit, als ein »Häufchen«. Die »Prawda« unterstützte sie, indem sie manipulierte Meldungen über den Verlauf des Parteitages veröffentlichte.

Ich wollte in meinem Artikel Sjuganow und seine Anhänger möglichst viel zu Wort kommen lassen. Worte bleiben Worte. So aber sehen die Taten aus. Unmittelbar nach den Wahlen in die Duma veröffentlichte die »Prawda Rossii« einen anonymen Offenen Brief ehemaliger Mitarbeiter der Auslandsaufklärung an A. N. Jakowlew.<sup>5</sup> A. N. Jakowlew, einst Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Frontsoldat, wurde, ohne die Nennung auch nur eines einzigen Beweises, des Vaterlandsverrates beschuldigt. Die Militärstaatsanwaltschaft Rußlands wandte sich an die Redaktion mit der Bitte, ihr die Namen der Briefschreiber mitzuteilen, um die Möglichkeit zu haben, die Anschuldigungen zu prüfen. Der Chefredakteur der »Prawda Rossii«, (damals war es Gennadi Selesnew<sup>6</sup>) antwortete darauf in der Zeitung mit einem beleidigenden Brief: Leiten Sie zuerst ein Verfahren gegen Jakowlew ein (und das ohne einen einzigen Beweis!), dann werden sich auch Zeugen finden. Darauf folgte ein Interview mit einem ehemaligen Oberst aus dem KGB, der erklärte, daß alles sehr einfach sei: Jakowlew habe die »KPdSU verraten« (dazu gibt es keinen Beschluß der KPdSU, aber der KGB-Mann und Selesnew sind eben dieser Meinung), die KPdSU aber war laut Verfassung die Staatspartei. Ein Verrat an der Staatspartei ist gleichbedeutend mit Vaterlandsverrat!

Hier haben Sie das Niveau der Vorstellungen von Rechtsprechung eines Mannes, der einige Jahre später Vorsitzender der Duma Rußlands wurde. Hier haben sie die fertige »Rechts«grundlage für die künftige Verfolgung von über 10 Millionen unserer Mitbürger. Das ist es, was man von den heutigen »Kommunisten« Rußlands erwarten kann.

Quelle: Iswestija, 10. Februar 1996, S. 4.

ÜBERSETZUNG AUS DEM RUSSISCHEN UND ANMERKUNGEN VON  
WLADISLAW HEDELER

5 Alexandr Nikolajewitsch Jakowlew, geb. 1923, wurde 1991 aus der KPdSU ausgeschlossen. 1992 war er Vizepräsident der Gorbatschow-Stiftung. Seit 1993 leitet Jakowlew die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft Ostankino.

6 Gennadi Nikolajewitsch Selesnew, geb. 1947, Absolvent der Leningrader Staatlichen Universität, war von Februar bis August 1991 erster Stellvertreter und von August 1991 bis zu seiner Wahl zum Sprecher der Duma 1996 Chefredakteur der »Prawda«.